

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G



# Friedensmacht am Ende?

Das uneingelöste  
Versprechen einfordern!

von Kathrin Vogler, MdB

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

wie viel „Friedensmacht“ steckt in der Europäischen Union? In allen Sonntagsreden taucht dieses Bild auf und es gibt kaum Texte, in denen es kritisch hinterfragt wird und sich an der Wirklichkeit messen lassen muss. Ich bin keine Freundin von Sonntagsreden, mir liegt mehr an einer kritischen, auch selbstkritischen Analyse. Und diese Analysen möchte ich gerne mit Ihnen/Euch teilen. Mein Fazit: Die EU wird in Riesenschritten militarisiert. Schon heute übt sie an vielen Stellen Gewalt aus oder ermöglicht anderen die Ausübung von Gewalt. Als Gegenbild möchte ich das Bild vom gemeinsamen Haus Europa stark machen, einem Friedensprojekt, das größer sein muss als die EU. Ich freue mich über Rückmeldungen dazu. Mit freundlichen Grüßen



Katherin Vogler

## Europa ist mehr als die EU

Der Begriff Europa wird in Politik und Medien überwiegend als Synonym für die Europäische Union verwendet. Angesichts dessen, dass fünf der sechs größten Flüsse Europas und (nach dem Brexit) vier der fünf größten Städte außerhalb der EU liegen, ist das mehr als anmaßend. Und die exzessiv propagierte Selbstbeschreibung der EU als „Friedensprojekt“ trifft selbst das Verhältnis der Mitgliedsstaaten untereinander nur dann, wenn die strukturelle Gewalt der EU-Verträge, der asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen und der Austeritätspolitik ausgeblendet wird. In ihren Außenbeziehungen ist die EU längst ein Gewaltakteur eigener Art geworden. Deswegen sind unkritische Pro-EU-Appelle ebenso wenig im Sinne einer europäischen Friedensordnung wie eine exklusive Sichtweise des „wir hier drinnen - die da draußen“. Diese exklusive Sichtweise muss überwunden und durch inklusive Ansätze und Institutionen der Konfliktbearbeitung ersetzt werden, wenn wir ein wirkliches europäisches Friedensprojekt schaffen wollen.

## Friedensmacht oder Militarisierung?

Die EU durchläuft in den letzten Jahren einen rasanten Militarisierungskurs. Was mit der Gemeinsamen Außenpolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik begann, hat inzwischen mit der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), der koordinierten jährlichen Überprüfung der Verteidigung (CARD) und dem Europäischen Verteidigungsfonds materielle Gestalt angenommen.



Mit diesen Aufrüstungsinstrumenten setzen die teilnehmenden Mitgliedsstaaten ihre selbst gegebene Verpflichtung aus Art. 42(3) des Lissabon-Vertrags um, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Zugleich orientieren sie sich an der NATO-Zielmarke, 2% des jeweiligen BIP für Rüstung aufzuwenden, was einer Steigerung der gesamten Rüstungsausgaben um 50% entspräche.

## Paris und Berlin als Treiber

Maßgebend für die militärische Kooperation in der EU ist die vertiefte Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich, die auch im Aachener Vertrag von 2019 eine deutliche militärische Komponente hat. Diese Zusammenarbeit ist nicht etwa gegen die NATO gerichtet, sondern verhält sich komplementär. Dennoch ist zu erkennen, dass etwa in Mali die EU-Staaten, insbesondere die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, eigene, von den USA abgekoppelte, Interessen verfolgen, denen die Bundesregierung auch mit militärischer Unterstützung nur allzu bereitwillig Hilfe leistet.



Zivile Kapazitäten werden abgebaut  
Instrumente der zivilen Hilfe und Konfliktbearbeitung wurden in den letzten Jahren nach und nach militarisiert und verfremdet, sie bleiben nur noch dem Namen nach dem Frieden verbunden. Die vielfältigen zivilen Missionen der Vergangenheit werden ins Geschichtsbuch verbannt. Stattdessen verlagert die EU ihre Kapazitäten in den Bereich des militärischen "Capacity Building" und in die beschönigend "Migrationskontrolle" genannte gewaltsame Flüchtlingsabwehr.

Die Ertrunkenen im Mittelmeer werden nicht etwa zufällig nicht gerettet, sie sind Opfer einer zynischen Abschreckungspolitik, die sich zur Abwehr von Einwanderung und zur Abschottung gegen Kriegs-, Klima- und Wirtschaftsflüchtlinge mit den übelsten Menschenrechtsverletzern verbrüderet, sie auf- und ausrüstet und deren so genannte Sicherheitskräfte ausbildet.

# Interventionismus statt Konfliktbearbeitung

So wurde mit der "Europäischen Friedensfazilität" (schon der Name ist pure Propaganda) 2018 ein außerbudgetärer Finanzrahmen in Höhe von jährlich 10,5 Milliarden Euro aufgelegt, dessen Zweck "die Finanzierung der gemeinsamen Kosten von militärischen Missionen und Operationen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" ist. Er soll "der Union ermöglichen, zur Finanzierung militärischer (!) friedensfördernder Maßnahmen beizutragen, die von internationalen Partnern weltweit durchgeführt werden.



Bisher war im Rahmen der "Friedensfazilität für Afrika" lediglich die Finanzierung friedenssichernder Maßnahmen unter afrikanischer Führung möglich."

## Neuer Schwerpunkt: Migrationsabwehr

In einem "Pakt für die zivile GSVP" vom Mai 2018 wurden die zivilen Einsätze der EU mit neuen Schwerpunkten versehen, darunter ihnen Migrationskontrolle, Grenzsicherung, Cybersicherheit und Terrorismus-Abwehr. Der "Migrationskontrolle", gerne auch "Schleuserbekämpfung" genannt, dienen auch die EU-Missionen in Mali und im Mittelmeer.





Zu letzterer, EUNAVFOR MED, schreibt die Bundeswehr auf ihrer Website: "Kernauftrag der Operation ist die Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke vor der libyschen Küste." Zu diesem Zweck werden Einheiten der sogenannten libyschen Küstenwache ausgebildet sowie sogenannte Haftanstalten (Detention Centers) finanziert, angeblich um die humanitäre Lage der auf der Flucht aufgegriffenen Menschen zu verbessern. Faktisch jedoch geht es darum, sie mit allen Mitteln aufzuhalten und abzuschrecken.

## Menschenrechtsverletzungen in Libyen

In einem Positionspapier vom September 2018, das mehr Quellenhinweise als Text umfasst, berichtet die UN-Flüchtlingshilfe UNHCR: "Es gibt konsistente Berichte vom weit verbreiteten Gebrauch verlängerter willkürlicher und ungesetzlicher Verhaftung und endemischen Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen und Haftanstalten unter Kontrolle des Staates, aber auch teilweise oder vollständig unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen, ebenso in Einrichtungen, die von bewaffneten Gruppen ohne jede formale Verbin-

dung zu staatlichen Institutionen oder mit Verbindung zu der nicht anerkannten "Interimsregierung" und verbundenen Institutionen..." Weiter heißt es im selben Dokument: "Folter und andere Formen von Misshandlung werden als "systematisch" dargestellt, vor allem am Anfang der Haft und während Befragungen, und sie haben schon Todesfälle verursacht. Es gibt auch glaubwürdige Berichte über Massenexekutionen gefangener oder verhafteter Personen in der Hand bewaffneter Gruppen. Die Haftbedingungen werden sowohl in offiziellen als auch in nicht offiziellen Haftanstalten als inhuman berichtet." Die Bilder gequälter Menschen in libyschen Haftzentren und auf Sklavenmärkten sind kein Geheimnis.

In dieser Umgebung will die zivile EU Mission EUBAM nun mit einem Jahresbudget von 40 Millionen Euro "die libyschen Autoritäten sowohl dabei unterstützen, Grenzmanagement und Sicherheit an den Land-, See-, und Luftgrenzen des Landes zu entwickeln als auch auf dem Feld der Rechtsdurchsetzung und Strafjustiz."

Unter anderem sollen die libyschen Behörden (so weit man diese überhaupt so nennen kann), darin geschult werden, gefälschte Pässe und Schengen-Visa zu erkennen, Autos und Personen zu durchsuchen. Von einer menschenrechtsbasierten Justiz oder gar der Verhinderung von illegitimen Festnahmen, Misshandlungen, Tötungen etc. ist hingegen nicht die Rede.

## Mali, Niger, Mauretanien

Schauen wir zu einer weiteren, diesmal militärischen, EU-Mission: EUTM Mali. Diese diente ursprünglich zur Ausbildung der sogenannten Sicherheitskräfte in Mali und inzwischen soll sie das auch in Burkina Faso, in Niger, in Mauretanien und im Tschad tun, den sogenannten "Sahel G5".

Warum "sogenannte" Sicherheitskräfte? Weil Armee, Polizei und Geheimdienste in diesen Ländern gerade nicht dazu eingesetzt werden, die Sicherheit der Bevölkerung zu verbessern. Zum Tschad etwa schreibt die evangelische Entwicklungsorganisation "Brot für die Welt": "Im westafrikanischen Tschad veruntreut Präsident Idriss Déby Itno die Milliarden aus dem Ölgeschäft.



Teile des Geldes investiert er in die Sicherheitskräfte, mit denen er die Zivilgesellschaft unterdrückt." Und bei der Ausbildung dieser Unsicherheitskräfte, hilft ihm freundlicherweise jetzt das "Friedensprojekt" Europäische Union.

Oder Mauretanien. Dort leben etwa 43.000 Menschen in Sklaverei. Wer diese illegale Ausbeutung kritisiert, wird inhaftiert und gefoltert - von den sogenannten Sicherheitskräften, die von der EU nicht ausgebildet und ausgerüstet werden. Dabei geht es weder um die Menschen vor Ort noch um die Schaffung eines Rechtsstaats, sondern einzig und allein darum, Flüchtlinge aus den Ländern südlich der Sahara schon in Mauretanien aufzuhalten.

Dafür hat allein Spanien in den letzten Jahren Hunderte von Millionen Euro aufgebracht und daran beteiligt sich nun auch die Bundeswehr.

Im Niger ist die Zahl der Proteste und Demonstrationen in den letzten Jahren steil angestiegen. Die Washington Post meint dazu, das liegt an der privilegierten Position des nigerischen Präsidenten Issoufou, dem der Westen den Rücken frei hält. Die Journalisten schreiben: "Es ist unwahrscheinlich, dass die westlichen Geberländer Issoufous Verwaltung für die Verletzung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit verantwortlich machen, solange er eine Operationsbasis für fremdes Militär zur Verfügung stellt..."

Und auch in Mali selbst wächst der Widerstand der Bevölkerung gegen die ausländischen Truppen und mit ihm auch die Proteste gegen die eigene Regierung, die diese im Land dulden und trotzdem keine Sicherheit für die eigenen Leute garantieren können. Tiefgreifende Reformen des Sicherheitssektors bleiben aus, die Sicherheitslage hat sich insgesamt verschlechtert. Die Umsetzung des Friedensabkommens kommt nicht voran und es gibt keine Maßnahmen, die verhindern könnten, dass



die ausgebildeten Soldaten zu bewaffneten Milizen überlaufen oder selbst welche gründen. All das macht den Eindruck einer oberflächlichen Maßnahme ohne nachhaltiges Konzept der Friedensschaffung.

Mit Despoten und Kriegsverbrechern  
Ähnlich stellt sich die Lage des EU-Engagements auf der Westseite des afrikanischen Kontinents dar: Dort werden im Rahmen des "Khartum-Prozesses" für besseres "Migrationsmanagement" ebenfalls mit Millionen Euro Steuergeldern Soldaten, Polizisten und Grenzschrützer aus den Teilnehmerstaaten ausgebildet und mit Sicherheitstechnik ausgerüstet.

Dort kooperiert die EU unter anderem mit dem Sudan, Eritrea und Äthiopien, Länder in denen es immer wieder zu systematischen und schweren Verletzungen der Menschenrechte kommt. Amnesty International beklagt insbesondere, dass hierbei auch Soldaten und Offiziere der "Sudanese Rapid Forces" sowie des Geheimdienstes NISS geschult werden, die "für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich" seien und teilweise 2003/2004 als Mitglieder der Janjaweed-Milizen am Völkermord in Darfur beteiligt gewesen seien (Bild: Darfur-Flüchtlinge 2007).





## Eindämmung statt Ursachenbekämpfung

Das Fazit: Containment, also Eindämmung von bewaffneten Konflikten und Fluchtbewegungen ist die aktuelle Marschroute der EU, nicht Peacebuilding, Versöhnung und die Sicherung der Menschenrechte. Statt Fluchtursachen zu bekämpfen, bekämpfen wir Menschen auf der Flucht. Die EU legt in ihrer Nachbarschaftspolitik mit den afrikanischen Staaten großen Wert auf die Auf- und Ausrüstung der dortigen Machthaber und ihrer Streitkräfte. Bei ziviler Konfliktbearbeitung, wie sie derzeit etwa in Kamerun, in der DR Kongo oder in Guinea sinnvoll und noch erfolgversprechend wäre, zeigt sich eine klaffende Leerstelle.



## Macron und Merkel für EU-Armee und militärische Infrastruktur

Die vor allem vom Französischen Präsidenten Macron verfolgten und von Bundeskanzlerin Merkel unterstützten Pläne einer EU-Interventionsarmee allerdings zielen nicht nur in Richtung Afrika und Naher Osten, sondern auf eine innereuropäische Drohkulisse.



Das wird deutlich, wenn man die militärischen Infrastrukturprojekte der Union in den Blick nimmt. Ein "militärisches Schengen" und der Ausbau der besonders stark beanspruchten Verkehrsachsen in

Ost-West-Richtung sollen die Verlegung von US- und NATO-Truppen quer durch den Kontinent an die russischen Grenzen, wie er etwa alle neun Monate mit der Rotation der im Baltikum stationierten Soldaten fällig wird, erleichtern. Zugleich werden neue Stützpunkte militärischer Logistik und Infrastruktur geschaffen oder alte wiederbelebt. Die EU-Nomenklatura hat sich längst von der Idee der Friedensmacht verabschiedet. Sie strebt nach militärischer Stärke und Kampfbereitschaft. Es liegt nun an den Völkern, das uneingelöste Versprechen des gemeinsamen Hauses Europa zu erkämpfen, das seine eigenen Konflikte konstruktiv und politisch löst und in der Welt als Vorreiter des Gewaltverzichts und der zivilen Krisenprävention auftritt.

## Alternativen zur Militarisierung

Die Mittel, die derzeit in die gigantischen Aufrüstungsprojekte fließen, können wir besser verwenden: Etwa für den Aufbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes, in dem unbewaffnete Expertinnen und Experten in den Krisenländern Afrikas und des Nahen Ostens bei der Konfliktbearbeitung und Versöhnung helfen.

Oder für ein Konversionsprogramm zum Umbau der Rüstungsindustrie, damit Arbeitsplätze nicht mehr als Begründung erhalten müssen, um Waffenexporte zu rechtfertigen.

Oder zum Ausbau der zivilen Infrastruktur, zur Reparatur maroder Straßen, Brücken und zum Ausbau von Bahnstrecken überall dort, wo die Menschen sie brauchen und nicht allein nach den Interessen der Militärs.

Es ist genug Geld da, um allen Menschen in Europa ein Leben in Würde und Freiheit vor Angst und Not zu ermöglichen. Wir müssen gemeinsam darum kämpfen, dass diese Utopie Wirklichkeit wird.

Deshalb habe ich gemeinsam mit vielen anderen Menschen aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Friedensbewegung den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ gestartet:

## abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit.

Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

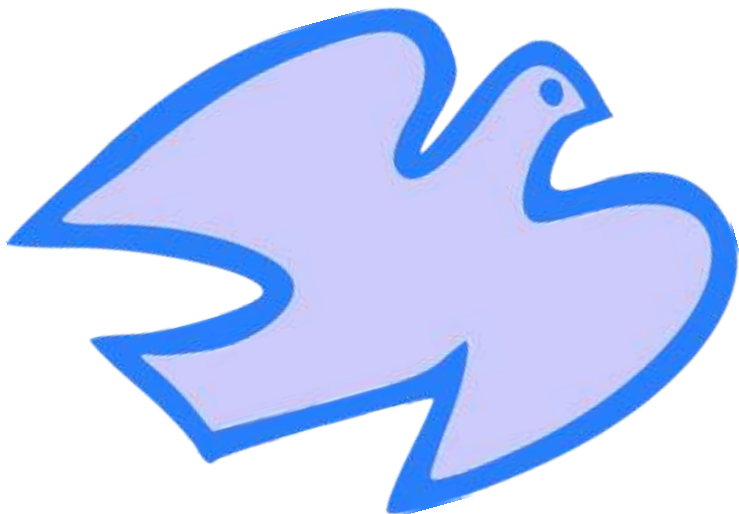
Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde.

**Mitmachen!**

Wenn auch Sie diesen Aufruf unterstützen wollen, dann lade ich Sie herzlich ein, sich zu beteiligen. Schon 140.000 Menschen haben mitgemacht! Hier finden Sie weitere Informationen:

[www.abruesten.jetzt](http://www.abruesten.jetzt)



# Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Kathrin Vogler, Mitglied des Bundestags

Karlstr. 17, 48282 Emsdetten

kathrin.vogler.wk@bundestag.de

02572-9607760

www.kathrin-vogler.de

1. Auflage, Februar 2019

Diese Broschüre wird im Rahmen meiner Öffentlichkeitsarbeit als friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion kostenlos abgegeben. Der Text basiert in weiten Teilen auf einem Beitrag, den ich für das Buch „Abrüsten statt aufrüsten - neue Entspannungspolitik“ geschrieben habe, das im April 2019 erscheint.

Bildnachweise:

Tuareg: Magharebia, CC BY 2.0

Flüchtlingsboot: No Border Net CC BY 2.0

Flüchtlinge Darfur 2007 Nite Owl CC BY 2.0

US-Panzer Public Domain

alle anderen: Pixabay, Public Domain

... ich unterschreibe!

Ich unterstütze den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ und bin mit der Veröffentlichung meines Namens und Wohnorts einverstanden/nicht einverstanden\*. Der Speicherung meiner Daten für Zwecke der Kampagne stimme ich /nicht/\* zu. (\*Unzutreffendes streichen)

... ich möchte...

Ich bestelle \_\_\_ Exemplare dieser Broschüre.

Ich bestelle den monatlichen kostenlosen E-Mail Newsletter von Kathrin Vogler.

Der Speicherung meiner Daten für diese Zwecke stimme ich zu.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**ABRÜSTEN**  
STATT ~~AUERÜSTEN~~

**30 MILLIARDEN  
MEHR FÜR'S MILITÄR?**

**DAS IST WAHNSINN!**

[www.abruesten.jetzt](http://www.abruesten.jetzt)

**UNTERZEICHNE  
JETZT!**